



Caritasverband
Paderborn e.V.

Information zur Verarbeitung Ihrer Beschäftigendaten

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte. Die rechtlichen Grundlagen des Datenschutzes finden sich gem. Art. 91 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz für die Erzdiözese Paderborn (KDG).

1) Wer ist für die Verarbeitung verantwortlich und wer ist Datenschutzbeauftragter?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist Ihr Dienstgeber, der Rechtsträger

Caritasverband Paderborn

Kilianstraße 28 - 33098 Paderborn

Unseren betrieblichen **Datenschutzbeauftragten** erreichen Sie unter:

Caritas Dienstleistungsgenossenschaft

Uhlenstraße 7 - 33098 Paderborn

Tel.: (0 52 51) 8 89 - 0100

2) Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (gem. (§ 15 Abs. 1 c) KDG)

2.1) Zweck der Datenverarbeitung

Abschluss, Durchführung und Beendigung von Dienstverhältnissen, Lohn- und Gehaltsabrechnungen, Abführung von Lohnsteuer und Sozialversicherung, alle mit dem Dienstverhältnis in Verbindung stehende Meldungen und Bescheinigungen. Zu diesen Daten gehören u.a.

- Stammdaten (wie Vorname, Nachname, Namenszusätze, Staatsangehörigkeit, Personalnummer),
- Kontaktdaten (wie etwa Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse),
- die bei der Nutzung der IT-Systeme anfallenden Protokolldaten,
- tätigkeitsbezogene Daten sowie weitere Daten aus dem Beschäftigungsverhältnis (wie z.B. Zeiterfassungsdaten, Urlaubszeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten, Qualifikationen, Sozialdaten, Bankverbindung, Sozialversicherungsnummer, Rentenversicherungsnummer, Gehaltsdaten sowie die Steuer-Identifikationsnummer.

2.2) Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur soweit eine anwendbare Rechtsvorschrift eine solche Datenverarbeitung erlaubt, also aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes über den Kirchlichen Datenschutz (KDG) sowie aller weiteren maßgeblichen staatlichen und kirchlichen Gesetze (z.B. ArbZG, MAVO, Arbeitsvertragsrichtlinien etc.).

Dabei werden wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unter anderem (aber nicht abschließend) auf die folgenden Rechtsgrundlagen stützen:

- Zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses: Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einschließlich der Daten über die Religionszugehörigkeit zur Begründung, Durchführung und Beendigung Ihres Beschäftigungsverhältnisses bei uns ist gemäß § 53 Abs. 1 KDG rechtmäßig. Hierzu gehören auch die Verarbeitung von Daten aufgrund arbeitsrechtlicher Bestimmungen, wie den Arbeitsvertragsrichtlinien, sowie aufgrund von Dienstvereinbarungen (§ 11 Abs. 2 b) KDG).
- Auf Grundlage Ihrer Einwilligung: Sofern Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten durch uns eingewilligt haben, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von § 6 Abs. 1 b) bzw. Abs. 2 b) KDG. Sie haben jederzeit das Recht Ihre erteilte Einwilligungserklärung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Dafür können Sie uns unter den in Ziffer 1 mitgeteilten Kontaktdaten erreichen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bleibt davon unberührt.
- Zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen: Ihre Daten verarbeiten wir auch, um unsere rechtlichen Pflichten als Arbeitgeber insbesondere im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts erfüllen zu können. Dies erfolgt auf Grundlage von § 6 Abs. 1 d) KDG in Verbindung mit § 53 Abs. 1 KDG. Darüber hinaus sind wir aufgrund unterschiedlicher Gesetze verpflichtet, Daten zu verarbeiten und diese ggf. Behörden zur Verfügung zu stellen. Beispiele sind Pflichtangaben im Rahmen des Insiderrechtes oder der Geldwäschebekämpfung. Auch insoweit ist Grundlage für die Verarbeitung § 6 Abs. 1 d) KDG.
- Zur Aufdeckung von Straftaten: Soweit wir tatsächliche dokumentierte Anhaltspunkte haben, die den Verdacht begründen, dass Mitarbeiter Straftaten im Beschäftigungsverhältnis begangen haben, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten gegebenenfalls zur Aufdeckung solcher Straftaten auf Grundlage von § 53 Abs. 2 KDG.
- Zur Wahrung berechtigter Interessen: In Einzelfällen verarbeiten wir Ihre Daten in Übereinstimmung mit § 6 Abs. 1 g) KDG, um unsere berechtigten Interessen oder von Dritten (z.B. Behörden) zu wahren. Hierbei nehmen wir eine umfassende Interessenabwägung vor, um sicherzustellen, dass Ihre Interessen gewahrt bleiben. Ein solches berechtigtes Interesse besteht beispielsweise, wenn die Verarbeitung Ihrer Daten für einen rechtsträgerinternen Datenaustausch zu Verwaltungszwecken erforderlich ist.

2.3) Wie erfolgt die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten?

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß § 4 Nr. 2 KDG verarbeitet werden, dient dies im Rahmen des Dienstverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz (z.B. Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber der Krankenkasse, Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe). Dies erfolgt auf Grundlage von § 11 Abs. 2 b) KDG i.V.m. § 53 Abs. 1 KDG. Zudem kann die Verarbeitung von Gesundheitsdaten für die Beurteilung Ihrer Arbeitsfähigkeit gem. § 11 Abs. 2 h) KDG i.V.m. § 53 Abs. 1 KDG erforderlich sein.

Daneben kann die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung nach § 11 Abs. 2 a) KDG (z.B. im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements) beruhen. Sie haben jederzeit das Recht Ihre erteilte Einwilligungserklärung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Dafür

können Sie uns unter den in Ziffer 1 mitgeteilten Kontaktdaten erreichen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bleibt davon unberührt.

2.4) Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Gemäß § 15 Abs. 2 e) KDG sind wir verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, dass Sie vertraglich verpflichtet sind, uns Ihre Daten zur Verfügung zu stellen, soweit wir - wie vorstehend beschrieben - Ihre Daten zu Zwecken der Begründung, Durchführung und Beendigung Ihres Beschäftigungsverhältnisses verarbeiten. Gleiches gilt, soweit wir Ihre Daten verarbeiten, um unsere rechtlichen Pflichten als Arbeitgeber insbesondere im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts sowie aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz erfüllen zu können. Ohne Ihre Daten sind wir nicht in der Lage, ein Beschäftigungsverhältnis mit Ihnen zu begründen, durchzuführen oder zu beenden.

3) Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Innerhalb unseres Rechtsträgers erhalten nur die Personen und Stellen (z.B. Personalabteilung, Fachabteilung, Mitarbeitervertretung, Schwerbehindertenvertretung) Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen.

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns nicht an Dritte weitergegeben, es sei denn, dies ist zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten notwendig, wie beispielsweise zur Meldung Ihrer personenbezogenen Daten an Sozialversicherungsträger, Finanzämter, etc., darüber hinaus zur verwaltungstechnischen Umsetzung des Dienstverhältnisses einschließlich der Lohn- und Gehaltsabrechnung, wobei hier eine Weitergabe an Auftragsdatenverarbeiter (z. B. Entgeltabrechnung, Dienstplanprogramm, Post- und Telekommunikation, Logistik) sowie zur besonderen Verschwiegenheit verpflichtete Personen wie beispielsweise Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte erfolgen kann. Weitere Empfänger in diesem Sinne sind u.a. auch:

- Banken und Sparkassen (SEPA-Zahlungsträger)
- Fördermittelgeber im Rahmen der Nachweisführung ordnungsgemäßer Mittelverwendung gemäß den anwendbaren Förderrichtlinien
- Drittschuldner im Falle von Lohn- und Gehaltspfändungen

4) Dauer der Speicherung (§ 15 Abs. 2 KDG)

Die Speicherung Ihrer Daten findet für die Dauer des Dienstverhältnisses statt, darüber hinaus so lange bis feststeht, dass keine Rechtsfolgen mehr entstehen können, die einen Nachweis zu Darlegungs- und Beweisgründen für uns erforderlich machen. Durch Rechtsanhängigkeit und/oder Verjährungsfristen kann sich der Zeitraum auch über Jahre hinweg erstrecken.

Darüber hinaus ergeben sich bei den Daten, die im Zusammenhang mit Dienstverhältnissen erhoben werden, aus einer Reihe von gesetzlichen Vorschriften langjährige Aufbewahrungsfristen.

5) Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Widerruf und Datenübertragbarkeit

Sie können nach den Vorschriften des KDG eine Reihe von Betroffenenrechten gegenüber uns geltend machen. Zur Geltendmachung der u.g. Rechte können Sie uns über die in Ziffer 1 bekanntgegebenen Kontaktdaten erreichen. Sie können

- Auskunft über die zu Ihrer Person von uns verarbeiteten Daten verlangen (§ 17 KDG),
- von uns die Berichtigung oder Vervollständigung von unrichtigen Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen (§ 18 KDG),
- unter den Voraussetzungen des § 19 KDG die Löschung Ihrer Daten verlangen,
- unter den Voraussetzungen des § 20 KDG die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen,
- unter den Voraussetzungen des § 22 KDG die Herausgabe der Sie betreffenden Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format verlangen (Recht auf Datenübertragbarkeit),
- der Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit aus Gründen widersprechen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Recht auf Widerspruch), sofern die Datenverarbeitung auf unseren berechtigten Interessen oder denen eines Dritten beruht; in diesem Fall werden wir Ihre Daten nicht länger verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (§ 23 KDG),
- unabhängig vom o.g. Widerspruchsrecht eine bereits erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen,

Ihr Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzaufsicht wahrnehmen, wenn Sie der Ansicht sind, dass eine Verarbeitung gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt (§ 48 KDG).

6) Recht auf Beschwerde

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu unserer Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, falls aus Ihrer Sicht eine Rechtsverletzung vorliegen sollte (§ 48 KDG).

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Diözesandatenschutzbeauftragter

Katholisches Datenschutzzentrum

Steffen Pau

Brackeler Hellweg 144 – 44309 Dortmund

Tel.: 0231 – 13 89 85 – 0

E-Mail: info@kdsz.de

7) Allgemeine Hinweise

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzhinweise mit Wirkung für die Zukunft zu verändern und anzupassen. Sollten Sie Fragen zu den Datenschutzhinweisen haben, können Sie sich gerne unter den in Ziffer 1 angegebenen Kontaktdaten an uns wenden.